

„Was kann Potsdam von Gelsenkirchen und Gelsenkirchen von Potsdam lernen?“

Dieser Frage gingen die wohnungspolitischen Sprecher der Linksfraktion in den Landtagen und im Bundestag Mitte März auf ihrer stadtentwicklungspolitischen Beratung in Potsdam nach. Neben Wohnungspolitikern aus den Landtagen und Heidrun Blum, wohnungspolitische Sprecherin im Bundestag, diskutierten Fraktionsreferenten, Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Stadtumbau und Wohnen (http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/bag_staedtebau_und_wohnungspolitik/), Vertreter aus Gelsenkirchen und der Kreisverband der LINKEN in Form eines interkommunalen Erfahrungsaustauschs in Potsdam nach.



Gelsenkirchen und Potsdam – zwei Städte mit unterschiedlicher städtebaulicher und wirtschaftlicher Struktur, aber ähnlichen zu bewältigenden Aufgaben beim sozialen Stadtumbau. Davon konnten sich die Teilnehmer überzeugen auf einer zweistündigen städtebaufachlichen Rundfahrt mit dem Prototyp der Ende der 1970er Jahre in den Städten der DDR eingeführten Straßenbahnen (KT4D) in die Entwicklungs- und Stadtumbaugebiete sowie das Stadtzentrum. Ausführungen dabei machte Steffen Pfrogner, Vorsitzender DIE LINKE. Ortsverband Potsdam Süd. Während Gelsenkirchen mit Einwohnerrückgang zu kämpfen hat, wächst Potsdam. So verwies MdL Hans-Jürgen Scharfenberg, der auch Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam ist, in seinem Grußwort auf „die sehr gute Entwicklung, die Potsdam in den vergangenen Jahren genommen hat“, und die sich beispielsweise im höchsten Durchschnittseinkommen der neuen Länder sowie im Bevölkerungszuwachs widerspiegelt.

Während in Gelsenkirchen Wohnraum zurückgebaut wird, stehen in Potsdam einerseits eine stark gestalterisch ausgeprägte Stadtreparatur und andererseits die Schaffung von zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum im Vordergrund. „1.000 neue Wohnungen jährlich sind erforderlich, um den Bedarf zu decken“. Mit Erfolg und zu Recht habe man dafür gekämpft, dass die Neubaugebiete als Bevölkerungszentren erhalten blieben. Davon

konnten sich die Teilnehmer am Tagungsort Bürgerhaus „Am Schlaatz“ in Mitten eines solchen Gebietes selbst überzeugen.

Weitere Unterschiede stellte auch Uwe Gerwin, Stadtteilkoordinator in Gelsenkirchen, fest. Potsdam sei eine wachsende Stadt, Migration spiele eine untergeordnete Rolle. Dies sei in Gelsenkirchen ganz anders. „Bunter, älter und weniger“, fasste er die Herausforderungen für Gelsenkirchen im Rahmen seines Vortrages zum „Sozialen Stadtumbau Gelsenkirchen – Konflikte und Lösungsansätze“ zusammen. Dennoch gebe es gemeinsame Themen, so zum Beispiel die soziale Entmischung, die in beiden Städten im Nord-Süd-Gefälle sichtbar und durch Wasser räumlich deutlich wird. Stadterneuerung müsse mit sozialen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einhergehen, leitete er zum Programm Soziale Stadt über und verwies auf die verheerenden Folgen der Kürzung der Städtebaufördermittel von Seiten des Bundes, vor allem aber auf die Beschränkung auf investive Maßnahmen. „Die Präsenz vor Ort im Stadtteilbüro ist unverzichtbar für den Erfolg des Programms.“ Die Hauptaufgabe im „Flash der Kulturen“ sei Kommunikation, um Vorurteile abzubauen.

Als Kontrastprogramm zu Gelsenkirchen bezeichnete Oliver Graumann, Fachbereichsleiter Stadterneuerung und Denkmalpflege der Landeshauptstadt Potsdam, den Stadtumbau in Potsdam. „Stadtumbau ist mehr als nur das Wegnehmen von Gebäuden“, stimmte er aber seinem Vorredner zu.

Für eine energische und heftige Diskussion sorgten seine Ausführungen zur „Gestaltung der historischen Mitte Potsdams“. Hier versuche man, die bis 1990 entstandenen Strukturen zu verändern. Ziel sei es, das Zentrum der Stadt wieder entstehen zu lassen. So werde nicht nur die Erneuerung der Innenstadt mit dem wiedererstehenden Schloss, sondern auch der Landtagsneubau (Fertigstellung 2013) die Mitte erheblich verändern. Wer heute und wer zukünftig in der Innenstadt wohnt, ist aber insbesondere eine Frage der Bezahlbarkeit des Wohnens. Deshalb dürfe „die Wiedergewinnung der historischen Mitte sich nicht nur an der Rekonstruktion historischer Fassaden festmachen, sondern müsse auch bezahlbares Wohnen in der Innenstadt ermöglichen“, so der Einwand von Siegfried Schlegel, Stadtrat und Wohnungswirtschaftsexperte aus Leipzig. Mit dem Zitat: „Tradition ist Bewahren des Feuers nicht die Anbetung der Asche“, untermauerte er seinen Beitrag.

Einigkeit dagegen herrschte bei der Feststellung, dass „die Bürger die Experten sind und mitgenommen werden müssen“. Insbesondere in Potsdam gebe es eine sehr engagierte Bewohnerschaft, die nicht nur mitreden, sondern auch mitgestalten wolle. Bürgerbeteiligung dürfe nicht als Übel betrachtet, sondern es müsse vielmehr als Chance zur Qualitätssteigerung genutzt werden – damit gab es einen Vorgeschmack auf den Nachmittag, der mit Alexander Frehse, Bürgeraktiv Drewitz, Potsdam, und der Frage „Wann werden wir nun beteiligt?“ ganz unter dem Thema Bürgerbeteiligung stand.

Mit der Aussage, dass Stadtumbau in Potsdam viel mehr sei als bürgerschaftliches Engagement, Historismus und Wohnungsnot, beendete Oliver Graumann sein Referat „Die Mitte und die Ränder – ein Zwischenstand des Stadtumbaus“.

Ob „Der Genossenschaftsgedanke – ein (Aus-)Weg im Stadtumbau?“ sein kann, dieser Frage ging Jan Kuhnert, KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH, Hannover, Vorstandsvorsitzender des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., nach. Insbesondere hinsichtlich der These, dass die Genossenschaft eine „demokratische Rechtsform“ ist, wurde kontrovers diskutiert. Es sei ein Idealbild gezeichnet worden, das in der Praxis nicht funktioniere, so ein Einwand aus dem Auditorium unter Verweis auf Fälle in Brandenburg und Thüringen, wo Vorstände den Einblick in ihre Gehälter verweigerten und Kritiker mit Ausschlussverfahren „ruhig gestellt“ würden. Allerdings handele es hierbei um Ausnahmefälle, die nicht das Genossenschaftsmodell als demokratische und krisensichere Rechtsform in Frage stellen könnten, erfolgte sogleich die Klarstellung. Keinesfalls dürfe das Genossenschaftsmodell zerredet werden. Das genossenschaftliche Wirtschaften sei schließlich ein stabiles Wirtschaften, und die Genossenschaften seien ein „Fels in der Brandung“. Dies nahm Jan Kuhnert zum Anlass, abschließend auf die zwei Seiten der Demokratie zu verweisen – Mitmachen dürfen und Mitmachen! Die Vertreter sind demokratisch gewählt und auch die Mitgliederrechte wurden gestärkt. Nur kenne er noch keine Mitgliederzeitschrift, die auf die Stärkung der Mitgliederrechte hinweist.

Information und Kommunikation, aber auch Erfahrungsaustausche wie diese, sind in Fragen der Stadtentwicklung unverzichtbar. Entsprechend auch das Fazit, das Heidrun Bluhm, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, am Ende der Veranstaltung zog: „Politik muss sich mit der konkreten Situation vor Ort vertraut machen, vor allem aber damit, was die Bürger bewegt.“ Linke Stadtentwicklung müsse vor allem unter dem Aspekt erfolgen, was es den Menschen nutze. Es ginge nicht nur um das Verrücken von Steinen und Beton, sondern um soziale Fragen. „Wohnen muss bezahlbar bleiben“, benennt sie eine Forderung der LINKEN und kündigt einen Mietenkongress an, den die Bundestagsfraktion am 17. und 18. Juni 2011 in Berlin veranstalten wird.

Alle sind eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Diana Kölbl
Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag
Telefon: 0361-3772637
E-mail: koelbel@die-linke-thl.de